Anträge

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Ausschuss für Bildung und Soziales	Vorberatung	26.04.2012
Rat der Stadt Geilenkirchen	Entscheidung	04.07.2012

Antrag der Fraktion der BÜRGERLISTE zum Erlass einer Rechtsverordnung über den Schuleinzugsbereich der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule in Geilenkirchen

Sachverhalt:

Der Antrag vom 01.03.2012 der Fraktion der BÜRGERLISTE war der Einladung des Ausschusses für Bildung und Soziales als Anlage beigelegt.

Der Antrag zielt im Ergebnis darauf ab, ein Steuerungsinstrument zu schaffen, das der Schulleitung die Entscheidung über die Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus Kommunen mit einem eigenen Gesamtschulangebot vorgibt, um damit ein höheres Aufnahmepotential für Schülerinnen und Schüler aus dem Stadtgebiet Geilenkirchen zu schaffen.

§ 84 des Schulgesetzes NRW (SchulG) gibt dem Schulträger die Möglichkeit, für jede öffentliche Schule durch Rechtsverordnung ein räumlich abgegrenztes Gebiet als Schuleinzugsbereich zu bilden. In der Regel ist dieses Instrument dann hilfreich und notwendig, wenn der Schulträger mehrere Schulen einer Schulform unterhält und durch die Bildung von Schuleinzugsbereichen für eine gleichmäßige Auslastung dieser Schulen sorgen möchte. Aber auch wenn nur eine Schule der entsprechenden Schulform vorhanden ist, ist eine solche Rechtsverordnung zulässig.

Gemäß § 84 Abs. 1 S. 2 SchulG kann eine Schule die Aufnahme einer Schülerin oder eines Schülers ablehnen, wenn sie oder er nicht im Einzugsbereich wohnt und keinen wichtigen Grund für den Besuch der Schule darlegt. Dies gilt nach § 46 Abs. 5 SchulG ausdrücklich nicht für Schülerinnen und Schüler, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewünschten Schulform nicht besuchen können.

Für Schülerinnen und Schüler aus Kommunen mit eigenem Gesamtschulangebot bedeutet dies, dass die Schulleitung der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule solche Anmeldungen auf der Grundlage der entsprechenden Rechtsverordnung ablehnen kann, sofern kein wichtiger Grund für den Besuch der Schule dargelegt wird.

Der Entwurf der beantragten Rechtsverordnung war der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales als Anlage beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Die Rechtsverordnung über den Schuleinzugsbereich der Anita-Lichtenstein-Gesamtschule in Geilenkirchen wird in der im Entwurf vorgelegten Fassung beschlossen.

(Dezernat III, Herr Brunen, 02451/629106)